

# metallnachrichten

Metallindustrie Baden-Württemberg

Nr. 6 – 27. März 2002

Nach 4. Verhandlung nichts Neues – Friedenspflicht endet am 28. März

## Jetzt geht's los: Wir werden aktiv!

**A**uch nach der 4. Tarifverhandlung legten die Arbeitgeber kein erweitertes Angebot vor. Sie blieben bei ihrem „Lösungsvorschlag“ (Südwestmetall-Chef Zwiebelhofer) vom 15. März. Am 28. März, 24 Uhr, endet die Friedenspflicht. In den Betrieben wird's langsam, aber sicher unruhig und die Belegschaften werden aktiv für ihre Forderung (siehe Berichte auf Seite 3 und Stimmen auf Seite 4): Jetzt geht's los!

IG Metall-Bezirksleiter Berthold Huber sagte den Arbeitgebern, dass die IG Metall ihr Angebot vom 15. März nicht akzeptieren könne. Einen Vergleich des Arbeitgeber-Angebots mit unserer Forderung steht auf Seite 2. Wenn die Arbeitgeber einen Ausgleich der Preissteigerung ablehnen,



Jetzt wird's Zeit für ein ordentliches Angebot der Arbeitgeber: 1700 Kolleginnen und Kollegen am 25. März in Böblingen

dann wollen sie, so Huber, das Risiko der Inflation ausschließlich auf die Beschäftigten abwälzen. Die Arbeitgeber verlassen damit Grundlinien bisheriger Tarifpolitik: Seit Jahrzehnten gelten gesamtwirtschaftliche Produktivität und Preissteigerung als Verteilungsspielraum, den die Unternehmen kostenneutral weitergeben können. „Wird dieser Spielraum nicht ausgeschöpft“, so sagte Huber, „dann ist und bleibt das ein Umverteilungsprogramm zu Gunsten der Arbeitgeber.“

### Kojunktur zieht an

Und das bei wieder anziehender Konjunktur, die für das dritte Quartal 2002 erwartet wird. Die Europäische Zentralbank prognostiziert für 2002 und 2003 einen Verteilungsspielraum von 4 bis 4,5 Prozent – so, wie er unserer Forderung zu Grunde liegt. Und dann kommen die Arbeitgeber mit 2 Prozent minus Finanzierungsbeitrag für den Entgelttrahmentarifvertrag (ERA). Mit fairer Beteiligung der Beschäftigten am wirtschaftlichen Fortschritt hat

das gar nichts zu tun. Im Gegenteil: Es wäre die Zementierung von Reallohnverlusten.

**Die Arbeitgeber haben die Chance vertan, in der Friedenspflicht zu einer Tariflösung zu kommen und stattdessen für eine Verhärtung gesorgt, sagt Berthold Huber (siehe den Kommentar des Bezirksleiters auf Seite 4). Nach dem Ende der Friedenspflicht gilt es: Wir müssen in den Betrieben Druck machen für einen akzeptablen Abschluss.**

## Fahrplan

**28. März: Ende der Friedenspflicht!**

**8. April: 5. Verhandlung**

**15. April: 6. Verhandlung**

Aktuelles im Netz: [www.bw.igm.de](http://www.bw.igm.de)

Der "Lösungsvorschlag" der Arbeitgeber

# Kein faires Angebot!

## Die Arbeitgeber bieten:

● Eine Erhöhung ab dem 1. März 2002 in einem Gesamtvolumen von 2 Prozent und ab dem 1. März 2003 in einem Gesamtvolumen von nochmals 2 Prozent.

▲ Das bedeutet: Die Arbeitgeber bleiben dabei, dass die Einkommen nur in Höhe der langfristigen, gesamtwirtschaftlichen Produktivität wachsen sollen. Mit der Preissteigerung wollen sie nichts zu tun haben, so Südwestmetall-Chef Otmar Zwiebelhofer wörtlich. Das Risiko von Reallohnverlusten durch Preissteigerung würde damit allein den Beschäftigten aufgeladen. Das hat nichts mit fairer Beteiligung der Beschäftigten am wirtschaftlichen Fortschritt zu tun.

▲ Das Gesamtvolumen von 2 Prozent soll außerdem nicht vollständig zur Einkommenserhöhung verwendet werden. Es enthält einen bisher nicht bezifferten Anteil zur Finanzierung des ERA (Entgelttarifvertrag), der als Einmalbetrag in einen betrieblichen Topf fließen soll. Das Geld würde nicht in die Struktur eingehen. Was 2002 im betrieblichen Sparstrumpf verschwindet, fehlt bereits 2003 als Basis für die nächste Tarifierhöhung.

● Einen längerfristigen Tarifvertrag von mindestens 24 Monaten.

▲ Das bedeutet: Die Arbeitgeber wollen Planungssicherheit und gleichzeitig niedrige Einkommenserhöhungen.

● Eine Vereinbarung zum Einstieg in einen ERA. Dort wollen die Arbeitgeber die Kostenneutralität eines zukünftigen ERA langfristig sicherstellen und eine lange Zeitschiene für den Umstellungsprozess festlegen. Ein Teil der tariflichen Einkommenserhöhungen soll für notwendige betriebliche Anpassungen verwendet werden. Wo dies nicht reicht, soll zusätzlich über eine Öffnungsklausel für alle Tarifverträge weitere Finanzierungsquellen erschlossen werden.

▲ Das bedeutet: Damit können zum Beispiel Arbeitszeit, Urlaub, Urlaub- und Weihnachtsgeld zur ERA-Finanzierung herangezogen werden. Die Folge: Ein Unternehmer könnte darauf bestehen, dass es während der ERA-Einführungsphase weniger Urlaub oder Urlaubsgeld gibt.

▲ Die neue ERA-Entgeltlinie der Arbeitgeber soll unterhalb der heutigen Entgeltlinie für die T-Angestellten liegen. Dies bedeutet: Entgeltverluste für die betroffenen Angestellten.

▲ Die ERA-Einführung soll beinahe bis auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden. Erst 2012 soll er verbindlich in allen Betrieben umgesetzt sein.

## Die IG Metall fordert:

● Eine Erhöhung ab 1. März 2002 um 6,5 Prozent inklusive ERA-Einstieg.

▲ Wir wollen eine Erhöhung, die die gesamtwirtschaftliche Produktivität und den Ausgleich der Preissteigerung zu Grunde legt, und eine faire Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg der letzten beiden Jahre.

● Einen Abschluss über 12 Monate.

▲ Das ist für die IG Metall keine grundsätzliche Frage, sondern abhängig von der Höhe des Abschlusses und der Risikoverteilung für die Beschäftigten. Der Abschluss des Jahres 2000 ist dafür kein Vorbild.

● Die IG Metall fordert zum ERA-Einstieg 5 Eckpunkte:

1. Es wird ein verbindlicher Einführungszeitpunkt für alle Betriebe festgelegt – bis spätestens in 5 Jahren.
2. Das bisherige Einkommen wird bei Einführung der neuen ERA-Entgeltlinie garantiert. Niemand muss Lohnverluste befürchten.
3. Wer mit seinem Einkommen bisher unterhalb der neuen ERA-Entgeltlinie liegt, wird nach oben angepasst. Die neue Entgeltlinie ist nach Vorstellung der IG Metall die Entgeltlinie der T-Angestellten. Diese Anpassungsschritte erfolgen über Strukturkomponenten über mehrere Tarifrunden hinweg. So können bestehende Ungerechtigkeiten im Tarifsysteem aus der Welt geschaffen werden.
4. Ein erster Anpassungsschritt erfolgt in dieser Tarifrunde durch Aufwertung bisher unterbewerteter Arbeit im Zeitlohn.
5. Die neue ERA-Entgeltlinie, das Mindestleistungsentgelt und die Belastungszulage werden mit diesem Tarifabschluss festgelegt.



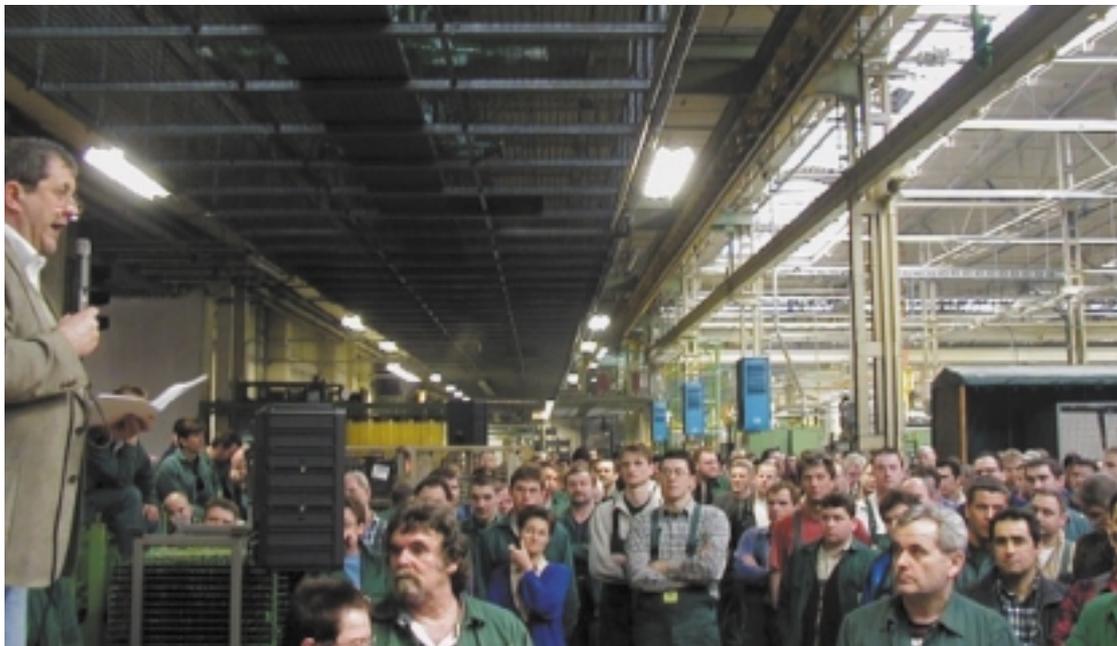
Boschler/innen und ALRT aus Reutlingen am 25. März bei der Kundgebung in Böblingen

Reaktionen auf das "Angebot" der Arbeitgeber:

# Spontane Aktionen überall

**A**b 15. März, als die Arbeitgeber das erste Angebot vorgelegt hatten, wurde es in vielen Betrieben unruhig. Teilweise kam es zu spontanen Aktionen: Viele Beschäftigte informierten sich beim Betriebsrat oder gingen aus Protest früher nach Hause.

Am 19. März zum Beispiel versammelten sich etwa 600 Beschäftigte von John Deere Mannheim und forderten den Betriebsrat auf, über den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen zu berichten. Die kollektive Information bei dem Betriebsrat hatte zur Folge, dass unter anderem die Montagebänder mehr als eine Stunde still standen. Es wurde deutlich, dass die Belegschaft gewillt ist, die IG Metall zu unterstützen. Mehr als 250 Beschäftigte von Bombardier Mannheim informierten sich am 21. März mehr als eine Stunde beim Betriebsrat. Die Belegschaft machte ihren Unmut deutlich und beschloss, dem örtlichen Arbeitgeberverband eine Resolution zu schicken.



Information für die Belegschaft bei John Deere in Mannheim: Die Bänder standen währenddessen still

Ebenfalls am 19. März informierten sich die Belegschaften von Behr und Mahle Werk II in Stuttgart, am 20. März bei Argus (Karlsruhe). Bei Behr mussten die 300 Beschäftigten vor's Tor, weil vorher die Kantine abgeschlossen worden war. Am 21. und 22. März wurden in Friedrichshafen die

Beschäftigten bei ZF, MTU, Voith Paper, KaVo Leutkirch und Müller Weingarten informiert. Am 22. März war Bosch WaW Waiblingen dran. Rund 6000 Beschäftigte ließen sich im Raum Reutlingen und Tübingen von ihren Betriebsräten informieren. Viele von ihnen gingen teilweise mehr als 3

Stunden früher nach Hause. Beteiligte Betriebe: Lechler Metzingen, Bosch Reutlingen, Kusterdingen, Rommelsbach, Automotive Lighting ALRT, Wagner-Finckh, Wepuko, Stoll und Sidler Tübingen.

Info in der Kantine bei Porsche in Zuffenhausen mit rund 1500 Beteiligten

## Am 28. März, 24 Uhr, endet die Friedenspflicht Warnstreik – das ist unser gutes Recht!

Warnstreik – das ist unser gutes Recht! Das hat nicht nur das Bundesarbeitsgericht ausdrücklich bestätigt. Das Streikrecht ist darüber hinaus ein Grundrecht, das in seinem Wesensgehalt von niemandem angetastet werden darf. Der Arbeitgeber darf wegen einer Warnstreik-Teilnahme nicht abmahnen oder gar kündigen.

An Warnstreiks nehmen alle teil, die von der IG Metall dazu aufgerufen werden. Am 28. März, 24 Uhr, endet die Friedenspflicht. In vielen Verwaltungsstellen werden Warnstreik-Aktionen vorbereitet. Die Warnstreik-Teilnahme ist auch für die Auszubildenden zulässig. Zumal es in dieser Tarifrunde ja um höhere Ausbildungsvergütungen geht.



# Stimmen aus Betrieben zum Arbeitgeber-Angebot "Stimmung auf dem Siedepunkt"

**D**ie Stimmung in vielen Betrieben ist nach dem "Angebot" der Arbeitgeber bereits auf dem Siedepunkt. Einige Stimmen von der Kundgebung in Böblingen, 25. März:



**Karl Meyer, Voith, Heidenheim:** "Das ist kein Angebot, das ist eine Provokation. Die Kolleginnen und Kollegen haben eine mit Recht hohe Erwartungshaltung. Die gilt's jetzt zu bedienen. Die Arbeitgeber sollten bald mit vernünftigen Angeboten kommen."



**Giuliana Ippolito, Ulo, Geislingen:** "Das ist doch gar keine

Frage, dass das Angebot abgelehnt wird. Alles ist teuer geworden. 6,5 Prozent fordern wir, das ist schon längst fällig."



**Otto Heck, Daimler-Chrysler, Gaggenau:** "Wir sind maßlos enttäuscht von den Arbeitgebern. Die Konzerne streichen Gewinne ein, zahlen keine Steuern und jammern trotzdem. Wir wollen mehr, die Erwartung ist hoch, die Stimmung auf dem Siedepunkt."



**Ingo Knodt, Still-Wagner, Reutlingen:** „Ein paar Mark fuffzig reichen nicht. Die Kampfbereitschaft in der Belegschaft ist groß.“



**Harald Götzmann, KS Gleitlager, Heidelberg:** "Seit 1996 bis heute

wurden bei uns Umsatz und Gewinn fast verdoppelt. So gibt es eine große Kampfereitschaft. Gerade bei den Zeitlöhnern ist großer Nachholbedarf. Der ERA-Einstieg ist auch mit Blick auf die Arbeitsbedingungen im Betrieb notwendig."



**Klaus Wilhelm, OKU, Waiblingen:** "Das Angebot ist lachhaft. Ohne

einen Ausgleich der Preissteigerung werden wir von der Teuerung ja vollends überrollt. Bei uns im Betrieb ist es sehr unruhig."

## Badische Drahtwerke: Streik in Kehl

**B**ei den Badischen Drahtwerken in Kehl begann am 25. März der Streik, nachdem über 95 Prozent der Beschäftigten in der Urabstimmung Ja gesagt hatten.

Um 5.30 Uhr trafen sich die über 200 Beschäftigten aller Schichten zur Kundgebung. Die Produktion stand still. Die Belegschaft kämpft mit der IG Metall für einen Anerkennungstarifvertrag. Der Arbeitgeber will Einzelverträge und damit Verschlechterungen bei Lohn und Arbeitsbedingungen. Die IG Metall ist wie schon seit 6 Monaten weiter zu einem fairen Abschluss bereit.

## Bezirksleiter Berthold Huber: Jetzt Druck in den Betrieben!

# Arbeitgeber haben Chance vertan



*Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,*

in vier Verhandlungen hat sich die IG Metall darum bemüht, innerhalb der

Friedenspflicht ein akzeptables Tarifergebnis zu erreichen. Doch was nutzen die eigenen Bemühungen, wenn andere nicht mitziehen und dies trotz der Ankündigung von Gesamtmetallchef Kannegießer, man wolle eine schnelle Einigung.

Im Gegenteil, der bisherige Verhandlungsverlauf macht

deutlich: Die Arbeitgeber wollen diese Tarifrunde zu einem Paradigmenwechsel in der Tarifpolitik nutzen.

Wer als Maßstab für Tarifierhöhungen nur noch das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum zu Grunde legt und im Gegensatz zu früher die Preissteigerung ausblendet, will die Realeinkommen einfrieren und die Risiken der Preissteigerung einseitig auf die Beschäftigten abwälzen.

Dies hat nichts mit einer fairen Beteiligung der Beschäftigten am wirtschaftlichen Fortschritt zu tun. Es ist der Versuch, die IG Metall und

ihre Mitglieder über den Tisch zu ziehen.

Mit ihrem „Angebot“, die Einkommen der Beschäftigten nur um 2 Prozent zu erhöhen und daraus auch noch einen ersten ERA-Anpassungsschritt zu finanzieren, haben die Arbeitgeber die Chancen für einen Abschluss innerhalb der Friedenspflicht leichtfertig vertan.

Für uns bedeutet dies: Wir müssen Druck machen, um einen akzeptablen Abschluss zu erreichen. Nicht, weil wir „Rabatz“ brauchen oder den wirtschaftlichen Aufschwung stören wollen,

sondern weil Tarifpolitik mehr sein muss als nur die Sicherung der Realeinkommen.

Wir wollen mit unserer Tarifpolitik eine faire Beteiligung der Beschäftigten am wirtschaftlichen Fortschritt und mit dem Einsteig in den ERA-Tarifvertrag gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit. Die Arbeitswelt im 21. Jahrhundert kann nur mit und nicht gegen die Beschäftigten gestaltet werden.

**Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Gemeinsam packen wir es!**

Euer Berthold Huber